

Gemeinsame Presseerklärung zum Deutschen Zahnärztetag 2012

Zahnmedizinische Ausbildung und präventionsorientierte Versorgung langfristig sichern

Deutscher Zahnärztetag in Frankfurt formuliert Forderungen an die Politik

Frankfurt a. M., 09. November 2012 – Vor einer „staatlichen Bevormundungsmedizin“ hat der Präsident der Bundeszahnärztekammer (BZÄK), Dr. Peter Engel, anlässlich des Deutschen Zahnärztetages gewarnt und den Erhalt des dualen Versicherungssystems gefordert. „Jeder Bürger hat eine hochwertige zahnmedizinische Versorgung auf aktuellem wissenschaftlichen Stand verdient“, erklärte Dr. Engel auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der BZÄK, der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde (DGZMK) und der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV) heute in Frankfurt am Main. Die im Vorwahlkampf wieder aufkeimende Idee einer Bürger- oder Einheitsversicherung, die das bestehende System aus Privater und Gesetzlicher Krankenversicherung ablösen soll, stelle nur scheinbar eine Alternative dar. Die Folgen wären eine Einschränkung der ärztlichen Therapiefreiheit und eine Reduktion der Leistungen auf das Nötigste. „Die Bundeszahnärztekammer fordert Gesundheitspolitik und Kassen daher auf, gemeinsam das duale Versicherungssystem zukunftsfest zu machen und so mit all seinen Vorteilen zu erhalten.“

Reformiertes duales System als Garant für hochwertige Patientenversorgung

Ein reformiertes duales Versicherungssystem ist nach wie vor Garant für eine hochwertige Patientenversorgung und wichtiger Motor für den wissenschaftlichen Fortschritt in der Zahnmedizin. Davon profitierten alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig davon, ob sie Privat- oder Kassenpatient seien. Dr. Engel verwies auch auf die Bedeutung der Qualitätsförderung durch Zahnärztekammern auf Basis der Heilberufsgesetzgebung der Länder, die der Berufsstand auch im Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA) wahrnehme. Dazu zähle auch, die Forschung zunehmend an aktuellen versorgungspolitischen Herausforderungen auszurichten. Die evidenzbasierte Zahnmedizin stelle hierfür – auch für die Arbeit im G-BA - eine gute Grundlage dar.

Die Verbesserung der Mundgesundheit der deutschen Bevölkerung sei eine Erfolgsstory, die auch auf die tägliche Präventions- und Aufklärungsarbeit der Zahnärzteschaft zurückzuführen sei. „Zahnärzte sind heute längst mehr als nur für die Mundgesundheit zuständig. Sie können bei Kontrolluntersuchungen nicht nur Karies oder Parodontitis erkennen, sondern spielen im Sinne einer ganzheitlichen Medizin auch bei der Früherkennung und Behandlung von bedeutenden Allgemeinerkrankungen wie Rheuma, Diabetes und Krebs eine immer wichtigere Rolle“, führte Engel weiter aus.

Bundeszahnärztekammer

Chausseestr. 13 · 10115 Berlin
Tel.: (030) 400 05-0
Fax: (030) 400 05-200

Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde

Liesegangstraße 17a · 40211 Düsseldorf
Tel.: (0211) 61 01 98-0
Fax: (0211) 61 01 98-11

Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung

Berliner Vertretung
Behrenstr. 42 · 10117 Berlin
Tel.: (030) 28 01 79-27
Fax: (030) 28 01 79-21

Zahnmedizin an den Hochschulen steht vor großen Herausforderungen

„Die Zahnmedizin an den Hochschulen steht in Deutschland in den Bereichen Lehre und Forschung weiter vor großen Herausforderungen“, warnte der Präsident der DGZMK, Prof. Dr. Dr. Henning Schliephake. Der Repräsentant der wissenschaftlichen zahnmedizinischen Dachorganisation in Deutschland wies auf die dringende Notwendigkeit einer Neugestaltung der Lehre sowie einer verbesserten staatlichen Unterstützung in der Lehre hin. Er beklagte, dass trotz bereits sechsjähriger Verhandlungen der Entwurf einer neuen Approbationsordnung wegen der Blockade einzelner Länder immer noch nicht verabschiedet worden sei. „Das ist nicht nur schmerzhaft für die Zahnmedizin, sondern wirkt sich auch irgendwann auf die Versorgungsrealität aus. Es geht hier ja um die Vermittlung moderner, wissenschaftlich fundierter Konzepte für die spätere praktische Tätigkeit, von denen die Patienten profitieren sollten“, erläuterte Prof. Schliephake. Die Zahnmedizin sei der Politik in Bezug auf die Inhalte der Approbationsordnung mit der Schaffung eines Nationalen Lernzielkatalogs der Politik bereits einen Schritt voraus und berücksichtige hierbei auch die medizinisch evidente Integration der Zahnmedizin in die Medizin und das hierfür erforderliche interdisziplinäre Denken.

Auflösung politischer Blockaden gemeinsam mit der Medizin

Gemeinsam mit der Medizin müsse es in Zukunft auch um die Auflösung politischer Blockaden im Bereich der Finanzierung der Hochschulmedizin und damit auch der Zahnmedizin gehen. Dies betreffe besonders auch die Forschung, die nahezu ausschließlich aus kompetitiven begutachteten Drittmitteln finanziert werde. Die politische Forderung nach gesteigerter evidenzbasierter Behandlungsqualität sowie die Forderung von Patientenvertretern nach mehr industrieunabhängigen Studien seien nicht zum Nulltarif zu haben. „Die dafür erforderlichen nicht gesponserten Studien, die sogenannten „investigator initiated studies“, haben bei Einhaltung eines methodisch international geltenden Qualitätsstandards einen hohen Finanzbedarf“, stellte Prof. Schliephake fest. Es sei eine Illusion zu glauben, dass alle Fragen von Patienteninteresse nur durch begutachtete Drittmittel wissenschaftlich unabhängig beantwortet werden können. Weiter kündigte Prof. Schliephake die künftige Förderung der Forschung in der Zahnmedizin durch die Einrichtung einer Wissenschaftsagentur an. „Doch neben diesen eigenen Aktivitäten werden wir auch in Zukunft darauf angewiesen sein, dass der Staat sich zu seiner Verantwortung für die Qualität von evidenzbasierter Medizin und Zahnmedizin bekennt. Und endlich entsprechend handelt.“

Versorgungslücken frühzeitig erkennen und schließen

Die KZBV hat auf ihrer gestern Abend zu Ende gegangenen Vertreterversammlung eine intensive Zukunftsdiskussion geführt und mit der „Agenda Mundgesundheit“ ihre Versorgungsziele für die nächsten Jahre definiert. Dazu sagte der Vorsitzende des Vorstandes der KZBV, Dr. Jürgen Fedderwitz: „Wir haben die Vision, dass die Menschen in Deutschland auch bei steigender Lebenserwartung und erhöhtem individuellen Erkrankungsrisiko ihre natürlichen Zähne bis ans Lebensende gesund erhalten können. Damit diese Vision Wirklichkeit werden kann, müssen wir unsere Präventionsstrategie, die bei Kindern und Jugendlichen so erfolgreich war, auf alle Lebensphasen ausdehnen. Dabei muss der Patient mit seinem Betreuungsbedarf im Zentrum allen zahnärztlichen Handelns stehen.“

Die Vertragszahnärzteschaft, so Fedderwitz weiter, müsse Versorgungslücken frühzeitig erkennen und schließen. „Deswegen müssen wir uns bereits um unsere jüngsten Patienten intensiver kümmern. Wir stellen fest, dass die frühkindliche Karies zunimmt. Wir wissen, dass die Hälfte aller Kariesfälle, die bei der Einschulung festgestellt werden, bereits in den ersten drei Lebensjahren entstanden sind. Wir wollen mit einer präventiv ausgerichteten Betreuung aber auch die Parodontitisfrüherkennung verbessern und eine risikoorientierte Nachsorge sichern.“

Demografischen Wandel bewältigen

Es gebe, so Fedderwitz, außerdem immer mehr Patienten, die aufgrund von Pflegebedürftigkeit oder Behinderung keine eigenverantwortliche Mundhygiene mehr betreiben bzw. nicht mehr in die Zahnarztpraxis kommen können. „Wir haben deshalb vor zwei Jahren gemeinsam mit der Bundeszahnärztekammer und der Wissenschaft ein Versorgungskonzept unter dem Titel ‚Mundgesund trotz Handicap und hohem Alter‘ vorgestellt. Der Gesetzgeber hat bereits erste Schritte zu seiner Umsetzung eingeleitet. Wir werden voraussichtlich zum Jahreswechsel eine neue Position für die aufsuchende zahnmedizinische Betreuung von immobilen Patienten im gesetzlichen Leistungskatalog umgesetzt haben. Was aber bislang gänzlich fehlt, ist ein systematisches Präventionsmanagement für die Betroffenen. Man muss ihnen die spezifischen Betreuungsleistungen zur Verfügung stellen, die sie in ihrer besonderen Situation brauchen. Da haben wir noch eine längere Wegstrecke vor uns.“

Bildmaterial

steht ab 10.11.2012 unter <http://www.axentis.de/dzt12-presse> zur Verfügung.

Pressekontakt

Jette Krämer

Leitung Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Bundeszahnärztekammer,
Tel.: 030 – 400 05 150, Mobil: 0172 – 394 63 27, Fax: 030 – 400 05 159,
Email: j.kraemer@bzaek.de

Dr. Reiner Kern

Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung,
Tel.: 030 – 280 179 27, Mobil: 0173 – 260 31 67, Fax: 030 – 280 179 21,
Email: r.kern@kzbv.de

Markus Brakel

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Deutsche Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde,
Tel.: 0211 – 718 36 01, Mobil: 0172 – 886 06 04, Fax: 0211 – 718 35 82,
Email: markus.brakel@dgzmk.de